Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht"
Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 53. **Bielefeld, Dienstag, 3. März 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 2. März 1896, mittags 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky, v. Hammerstein-Loxten, Miquel, Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Zuckersteuergesetzes.

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky: Der Gesetzentwurf ist bereits vor Monaten illegitim veröffentlicht worden. Seitdem schwankt sein Charakterbild in einer heftigen Polemik. Man ist sogar so weit gegangen, eine Proskriptionsliste der Zuckerinteressenten zu veröffentlichen. Es kommt doch aber bei einem wirtschaftlichen Gesetz nicht auf die Personen an, die dabei interessiert sind, sondern darauf, welche Schwerkraft im wirtschaftlichen Leben ein Erwerbszweig hat. Das neue Zuckersteuergesetz ist kein Finanzgesetz, es soll dem Reich keine Mehreinnahmen zuführen. Nachdem im vorigen Jahre der Antrag Paasche die Unterstützung von 143 Mitgliedern des Reichstags gefunden hat, der die Regierung zur Vorlegung eines neuen Zuckersteuergesetzes aufforderte, konnte die Regierung nicht länger Gewehr bei Fuß zusehen. Die Not der Landwirtschaft ist nicht gemindert worden, der Rübenbau muß einer günstigen Entwicklung entgegen geführt werden. Der Rübenbau ist die Achse, um die sich der ganze Pol der Landwirtschaft dreht. Seit jenem Antrag Paasche sind nun allerdings die Zuckerpreise gestiegen. Damals hatte der Zucker einen Tiefstand von 17 Mark erreicht. Der Antrag Paasche auf Reform des Zuckersteuergesetzes ist doch aber nicht blos im Hinblick auf den damaligen Kurszettel gestellt worden. (Sehr richtig! links.) Die jetzige Preissteigerung beruht wesentlich auf spekulativen Manipulationen. (Lachen links.) Die kubanischen Verhältnisse haben nach unsern amtlichen Ermittelungen nicht den Einfluß geübt, der ihnen in der oppositionellen Presse zugeschrieben wird. Unser Zuckerkonsum wird stets hinter dem Englands zurückbleiben. Deutschland ist ein Bier- und Weinland, der Deutsche trinkt nicht wie der Engländer gezuckerten Thee und versüßten Alkohol. Sonst hätte ja bei dem großen Tiefstand des Zuckerpreises in den letzten Jahren eine ganz enorme Steigerung erfolgen müssen. Die Steigerung des Konsums ist keine Folge des niederen Preises gewesen, sondern resultierte aus der gesteigerten allgemeinen Wohlhabenheit. (Lachen links.) Die Prämien sind Kampfmittel, am besten wäre es, könnten wir sie ganz entbehren, sie sind aber notwendig im Konkurrenzkampfe mit dem Auslande. Die Feststellung der Prämienhöhe ist eine Frage, die sehr gründlich erwogen werden muß. Abschaffung der Prämien könnte nur auf internationalem Wege erfolgen, und durch eine autonome Erhöhung der Prämien müssen wir uns ein Kompensationsobjekt für künftige internationale Verhandlungen schaffen. Wer aber eine Erhöhung der Prämien will, muß auch eine Kontingentierung mit in den Kauf nehmen. Beide Dinge hängen miteinander schon kalkulatorisch eng zusammen. Der Vorzug unseres Kontingentierungssystems besteht darin, daß derjenige, der sich im Kontingent hält, von der Rückzahlung der Prämien befreit ist. Man hat die Kontingentierung tendenziös ein Verbot der Mehrproduktion genannt, was durchaus nicht der Fall ist. Sie soll lediglich ein Mittel sein, der Produktion die Möglichkeit eines lohnenden Absatzes zu sichern. Die Rübenproduktion wird stetiger werden und die Schwankungen im Zuckerpreise werden geringer werden. Die Rübenbauer werden gleichmäßigere und bessere Preise für ihre Produkte erzielen. Der Zweck des Gesetzes ist nicht der, den Rübenbau zu beschränken, sondern der, den Rübenbauern lohnendern Absatz zu schaffen. Der Gesetzentwurf ist nicht gemacht worden im Interesse der Industrie, sondern im Interesse der Landwirtschaft und der notleidenden Rübenkultur. Man hat die im Gesetzentwurf vorgesehene Betriebssteuer eine Strafe für die Intelligenz genannt. Die Herren müßten dann für die Materialsteuer eintreten, denn diese ist eine Prämie für die Intelligenz. Die Materialsteuer wird aber auch von der Opposition nicht befürwortet. Nun hat sich auch gegen das Gesetz eine kleine landwirtschaftliche Opposition geltend gemacht. Man will hier Erhöhung der Kampfprämien ohne Kontingentierung und ohne Betriebssteuer. Wo soll aber das Geld für die erhöhten Prämien herkommen? Ja, wenn uns das Geld in den Schoß fiele, wie Manna vom Himmel, das Verhältnis zwischen den Finanzministern und den Vertretern des Parlaments würde sich wesentlich freundlicher gestalten. — Den Gegnern der Vorlage muß ich noch zum Schluß eine unangenehme Ueberraschung bereiten: es ist eine irrige Annahme, daß die süddeutschen Staaten prinzipiell gegen die Zuckersteuer seien. Wenn sie im Bundesrat gegen die Vorlage stimmten, so nur deshalb, weil sie mit der Höhe der Prämien nicht einverstanden sind. Ich hoffe, daß wir zu einer Einigung über die Vorlage gelangen werden. (Beifall rechts)

Abg. Richter (FVp.): Die mäßige Besetzung des Hauses beweist nichts für einen besonderen Eifer der Anhänger der Vorlage. Fehlen heute doch sogar die beiden Hauptkämpfer für die neue Vorlage. Irrig war die Annahme, daß die Durchberatung des Gesetzes vor Ostern geboten sei, weil die Rübenbauer mit dem Abschluß der Lieferungsverträge warteten, bis die Vorlage entschieden sei. Eine Ueberstürzung der Vorlage wäre außerordentlich schädlich. Hat sich doch auch der Bundesrat 2½ Monate Zeit gegönnt. Seit langer Zeit ist keine Vorlage an den Reichstag gelangt, die mit einer so geringen Mehrheit im Bundesrat angenommen worden ist. Der Staatssekretär tröstet sich über die Opposition im Bundesrate mit der Erklärung der Opponenten, daß sie der Vorlage sympathisch gegenüberständen. Bekanntlich sind aber diejenigen, die einer Vorlage sympathisch gegenüberstehen, ihre gefährlichsten Gegner. (Große Heiterkeit links.) Gegenüber der dreisten Begehrlichkeit der Interessenten ist die Opposition noch lange lange nicht lebhaft genug vorgegangen. Es handelt sich um eine jährliche Belastung der Konsumenten von 55 Millionen Mark, wovon 41 Millionen der Zuckerindustrie, 14 Millionen der Reichskasse zu Gute kommen sollen. Diese Zahlen lassen sich gar nicht bestreiten. Eine Preiserhöhung auf 9¼ Pfg. pro Kilo engros wird mindestens en détail 10 Pfg. pro Kilo, 20 pCt. des Preises überhaupt betragen. Die Arbeiterfamilie wird mindestens 2,85 Mk. jährlich für Zucker mehr bezahlen müssen, für ein allgemeines Nahrungsmittel. Ungeheuerlich ist diese Forderung auch in Bezug auf die in Betracht kommende Industrie. Dagegen ist der Antrag Kanitz gradezu bescheiden. (Heiterkeit links.) Das Kanitzsche Protektionssystem will dem Körnerbau, der 14 Millionen Hektar umfaßt, zu Hilfe kommen, der Rübenbau aber nimmt nur 441000 Hektar in Anspruch. Der Kanitzsche Antrag würde eine Prämie von 55 Mk. pro Hektar schaffen, die neue Zuckersteuer aber bringt dem Rübenbau pro Hektar eine Prämie von 160 Mk. Niemals hat man für einen einzelnen Produktionszweig solche Aufwendungen gemacht. Dazu kommt, daß sich die ungeheure Subvention geographisch so überaus verschieden verteilt. Nur 1½ pCt. der Subvention fallen auf Süddeutschland, während es 20 pCt. der Lasten zu tragen hat. Auch die oldenburgische und mecklenburgische Regierung, die doch gewiß agrarisch sind, haben gegen die Vorlage gestimmt, weil sie nicht im Interesse ihrer Landwirtschaft liegt. Ein einheitliches Interesse der Landwirtschaft liegt hier überhaupt nicht vor. Als rübenbauende Provinzen kommen überhaupt nur Sachsen, Hannover, Braunschweig und Anhalt in Betracht. Die Preislage des Zuckers macht die Vorlage durchaus nicht nötig. Die Vorlage bezeichnet es als ihr Ziel, einen normalen Zuckerpreis von 23 bis 24 Mk. pro Doppelzentner festzulegen. Ist das die Aufgabe der Gesetzgebung? Kommen wir erst so weit, daß der Preis von staatswegen festgesetzt wird, dann haben wir den abschüssigen Weg zum sozialistischen Staat betreten, wie der Landwirtschaftsminister in Bezug auf den Antrag Kanitz nachgewiesen hat. Damit hat er zugleich auch den Stab über die Zuckersteuer gebrochen (sehr richtig, links). Zudem hat der „Normalpreis" von 23—24 M. pro Doppelzentner bis 1894 gegolten, nur im Jahre 1895 ist er unter diesen Betrag gesunken, jetzt aber schon wieder bedeutend gestiegen. Erkennt man es als Aufgabe des Staates an, die Preise zu bestimmen, so ist es billig, daß der Staat mit seiner Fürsorge bei den Aermsten einsetzt. Gerade die Zuckerindustriellen sind die reichsten Leute. Zu den Zuckerindustriellen gehören auch Minister. Man muß auf diese Thatsache hinweisen, weil man weiß, welchen persönlichen Einfluß diese Leute auf diejenigen Stellen haben, die für das Entstehen neuer Gesetzesvorschläge maßgebend sind (sehr richtig, links). Die Begründung der Vorlage hat man sich sehr leicht gemacht. Eine Erklärung

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

80 (Nachdruck verboten)

(Fortsetzung.)

„Ist sie tot?" fragte Borodin erschreckt.

„Wahnsinnig."

„Und — die andern? Wlad —"

„Tot!"

„Wladimir —"

„Lebt vielleicht noch — er ist in Tomsk, so viel ich weiß."

Die Züge des Sterbenden veränderten sich hier so auffällig, daß Borodin bestürzt seine Hand losließ und vor dem Sterbenden auf die Kniee sank.

„Felix — bevor es zu spät ist," rief er flehend, „verzeihen Sie mir?"

Der Sterbende vermochte nicht mehr zu sprechen, aber drückte ihm schweigend die Hand.

Als Dr. Orzheskо einen Augenblick später atemlos eintrat, stand er vor einem Toten.

„Zu spät," rief der alte Mann in tiefer Bewegung. „Er hat ausgelitten!"

„Wehe Denen, die sein Opfer verschuldeten," murmelte Borodin mit Thränen in den Augen. „Er war der besten Söhne Rußlands einer. Seine hohen Geistesgaben befähigten ihn, dem Vaterlande unberechenbare Dienste zu leisten. Das Vaterland sandte ihn hierher, um in Ketten zu sterben, wie ein wildes Tier, doch sein Leben wird trotzdem nicht wirkungslos vergehen. Die Kunde von seinem Geschick will ich hinaustragen in die Welt, wie ein Apostel eine heilige Legende hinausträgt: — ich will allen Söhnen Rußlands seine Leiden verkünden und sie durch seinen Namen zum Patriotismus entflammen. Auf seinen Leichenstein aber will ich die Worte setzen lassen: Gerechtigkeit ist die höchste Liebe!"

Es geschah Alles nach diesen Worten. Auf einem einsamen Berge, welcher der „Kopf des Sträflings" genannt wird und zum Begräbnisplatz der politischen Verbannten dient, wurde Felix Volkhofski begraben. Ein schlichtes hölzernes Kreuz bezeichnet in der üblichen Weise seinen Hügel, ein schlichter Stein zu seinen Füßen bezeichnet seinen Namen. Ueber diesem aber liest man die einfache Inschrift: „Die Gerechtigkeit ist die höchste Liebe!"

36. Kapitel.

„Nie verlasse ich Sophia," erklärte Helene mit Entschiedenheit, als Borodin ihr ihre Freiheit ankündigte, die „wenigen Jahre, welche ich noch zu leben habe, kann ich ebenso gut hier als anderswo verbringen."

„Wenige Jahre?" fragte Borodin verwundert „Sie werden alt werden, Fräulein Helene."

„Alt? Nein."

Das junge Mädchen deutete auf ihre Brust.

„Dort drinnen arbeitet es bereits seit langer Zeit an der Zerstörung meines Körpers. Ich war zu schwach, um so viel Beschwerden zu erdulden."

„Sie werden in einem andern Klima Genesung finden, Fräulein Helene," sagte Dr. Orzheskо, der den verlangten Abschied erhalten hatte und mit Borodin nach Surgut gereist war, wo er ihn zu Fräulein Machtet begleitete. „Verzweifeln Sie nicht, Sie sind von Natur nicht zur Schwindsucht disponiert, nur die Verhältnisse haben bei Ihnen die Krankheit verursacht. Sie brauchen deshalb Sophia nicht zu verlassen. Der alte Sidorski, der in Folge der Vollmacht des Herrn Borodin auf telegraphische Anordnung des Generalgouverneurs bereits in Freiheit gesetzt worden ist und jede Stunde hier eintreffen muß, wird seine Tochter weder hier lassen wollen, noch wird er in Rußland bleiben. Er wird mit den Trümmern seines Vermögens nach Deutschland oder Italien gehen und gewiß wird er die aufopfernde Pflegerin seines Kindes nicht schutzlos hier zurücklassen."

„O, wenn er mich mit sich nähme," rief Helene freudestrahlend, „dann wäre es etwas anderes. Aber, wo wollen Sie hingehen, Herr Doktor?"

„Nach England, mein Fräulein — dort in aller Ruhe meine Memoiren zu schreiben. Hier ist mir der Boden zu heiß — und ich glaube wirklich, noch manchem Andern auch. Wenn Rußland so fortwirschaftet, so wird binnen Kurzem die geistige Elite seiner Bewohner sich in Sibirien und im Auslande befinden. Dann wird die Regierung wohl endlich Ruhe haben, denn sie wird dann die Unterthanen haben, die sie braucht: Eine Horde unwissender Sklaven, die nicht das Bewußtsein ihrer Menschenrechte, sondern höchstens Hunger und Leidenschaft zur Empörung treiben."

„Was geschieht mit unseren anderen Freunden?"

„Herr Demidof ist zugleich mit Herrn Sidorski in Freiheit gesetzt worden," erwiderte der Hauptmann.

„Nathan Petrowitsch —"

„Für ihn kann ich leider nichts thun, er hat einen Richter zu ermorden versucht und wird trotz meiner dringenden Bitten nicht in die Begnadigung eingeschlossen, vermutlich deshalb, weil er ein Jude ist."

„Oh — aber Dr. Baillie?"

„Er befindet sich hoch oben im Norden, in einem abgelegenen Dorfe. Ich reise selbst hin, ihn aufzusuchen und zurückzuführen."

„Der Arme," rief Helene mitleidig. „Er weiß noch nichts von dem schrecklichen Schicksal und dem inzwischen erfolgten Tod seiner Frau. Für den jungen Polen Czartoryski und seine Schwester Isabella vermögen Sie nichts zu thun?"

„Ich kenne sie nicht."

Helene erzählte nun Borodin von dem Edelmut Isabella's, die ihren Bruder in die Verbannung begleitet habe und nicht zu bewegen sei, ihr Schicksal von dem seinigen zu trennen.

„Es ist schade, daß so viel Schönheit, Anmut und Tugend in dieser Wüste vergehen sollen!" fügte sie mitleidig hinzu.

Borodin zuckte die Achseln.

„Wer fragt in Rußland nach Schönheit und Anmut, Ihre Freundin mag weder das erste noch das letzte Opfer sein."

„Und Lazareff?" fragte Helene noch. „Wird ihn gar keine Strafe für seine Schurkereien treffen?"

„Ich habe der Regierung einen Bericht über ihn eingereicht, aber — er hat einflußreiche Freunde und wir sind in Rußland. Leben Sie wohl, mein Fräulein!"

Der mutige Offizier trat wirklich die Reise nach Jakutsk an und fand in einer Jakutenhütte in der Nähe von Werchojansk den Gesuchten, der im tiefsten Elend lebte, da ihm zur Fristung seines Lebens in jenen öden, kalten Gegenden kein anderes Mittel übrig geblieben war, als sich für seinen Unterhalt als Knecht bei einer Jakutenfamilie zu vermieten, deren schmutzige Hütte, Kleidung und widerliche Nahrung er teilte.

(Fortsetzung folgt.)

der Schwankungen im Zuckerpreis im Jahre 1894-95 ist gar nicht versucht. Der Preisfall im Zucker ist durch die Ueberproduktion auf dem Weltmarkt herbeigeführt worden. Den Schaden davon haben die Rübenbauer am allerwenigsten gehabt, denn sie haben auf Grund von Kontrakten geliefert, die früher auf Grund besserer Preise abgeschlossen worden sind. Schaden erlitten die Zuckerfabriken, aber der Schaden glich sich dadurch zum Theil aus, daß die Rüben bauenden Landwirte zum Teil die Aktionäre der Zuckerfabriken sind. Im nächsten Jahre (95-96) hat sich das Verhältnis dann umgekehrt: die Rübenbauer haben ein verhältnismäßig ungünstiges Geschäft gemacht, die Fabriken ein um so besseres. Der Preisfall für Rüben hat einen Rückgang im Rübenbau herbeigeführt, der wieder zu einer Steigerung der Preise führen muß. So sorgt die freie Konkurrenz rein mechanisch für einen gesunden Ausgleich. Soll hier der Staat störend eingreifen? Die Preissteigerung ist durchaus nicht die ausschließliche Folge des kubanischen Aufstandes, wenn er auch in gleicher Richtung dadurch gewirkt hat, daß er durch den Produktionsausfall von rund 900 000 Tonnen jährlich, den er veranlaßt, zur Aufzehrung der Vorräte geführt hat. Die Rentabilität der Zuckerindustrie spiegelt sich in den Kursen der Zuckerfabriken wieder. Nur bei einer einzigen deutschen Zuckerfabrik stehen die Aktien unter Pari, obwohl eine große Anzahl von ihnen 1894/95 keine Dividende gezahlt hat. So stehen die Aktien der Zuckerfabrik Bennigsen (hört! hört! links) auf 150 pCt. Wo kommt das sonst in der Industrie vor, daß Aktien, die keine Dividende geben, über Pari stehen. Das läßt sich doch nur aus der Erwartung der Aktionäre erklären, daß sich ihr Kapital durchschnittlich gut verzinst, wenn ein Jahr auch einmal einen Zinsausfall bringt. Dazu sind die Interessentenkreise durchaus nicht einig in der Beurteilung der Vorlage. Die Zuckerraffinerien sind durchaus gegen die Vorlage. Zu Gunsten bestimmter Kreise soll der technische Fortschritt durch die Vorlage unterbunden werden. Das ist eine Staatsweisheit, die über die von Schilda hinausgeht. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei einer Industrie, die auf den Weltmarkt angewiesen ist, wird durch die Betriebsabgabe jeder technische Fortschritt, jede Erhöhung der Produktivität geradezu unter Strafe gestellt. Nun, die Betriebsabgabe wird vom Reichstage beinahe einstimmig abgelehnt werden. Darin sind alle Parteien einig. Das Widersinnige einer Kontingentierung liegt in dem Verhältnis vom Inlandskonsum und Weltmarktsbedürfnis. Gerade in Jahren, wo der Inlandskonsum sehr schwach ist, kann starke Nachfrage auf dem Weltmarkte herrschen. Die Industrie muß sich diesen wechselnden Bedürfnissen anschmiegen können. Das verhindert die Kette, der Automat der Kontingentierung, der die Konkurrenz auf dem Weltmarkt geradezu erschwert. Der Bundesrat soll in jedem Jahre das Kontingent festsetzen. Welcher Streit, welche Unsicherheit in der Produktion wird dann in der Zuckerindustrie einreißen. Die Kontingentierung erschwert das Entstehen neuer Fabriken und die Vergrößerung der bestehenden Fabriken, bedeutet also auch eine Verhinderung technischer Fortschritte. Will man der Landwirtschaft helfen, so muß man nicht die Fabriken, sondern die Rübenfelder kontingentieren. In diesem Sinne hat sich auch das Organ des Bundes der Landwirte und eine landwirtschaftliche Versammlung in Breslau ausgesprochen. Das Vorgehen der deutschen Gesetzgebung würde die Länder, welche mit uns auf dem Zuckermarkt konkurrieren, nur zu Gegenmaßregeln veranlassen. Der Herr Schatzsekretär behauptete, die Wohlfeilheit des Zuckers habe den Konsum nicht gesteigert. Das ist nicht der Fall, denn der Konsum ist um ca. 50 pCt. gestiegen. Der inländische Markt, der doch in erster Linie gesichert werden soll, wird durch Verteuerung des Zuckers gefährdet. Hat die Steuer einen Mindererertrag, so werden die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten erhöht werden müssen; die Einzelstaaten hätten sich gegen die Vorlage schon im Bundesrat wehren sollen. Hätten sich nur noch ihrer sieben vereinigt, so wäre die Vorlage schon im Bundesrat gefallen. Ich hoffe, das Gesetz wird aber nicht an den Bundesrat zurückkommen, sondern hier im Reichstage abgelehnt werden; am liebsten wäre es mir, es geschähe ohne Kommissionsberatung. Sollte die Vorlage aber in irgend welchem Teile Gesetz werden, Freude werden die Zuckerinteressenten an dem Gesetze nicht erleben. Wer es gut meint mit der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft, der vereinige sich mit uns, dieses Gesetz unmöglich zu machen. (Lebh. Beifall links.)

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Loxten konstatiert gegenüber einer Aeußerung des Abg. Richter, daß auf seinem Gute keine Rüben gebaut würden. Der Vorwurf, daß sich die Regierung von hohen Persönlichkeiten bei ihren Vorlagen leiten lasse, war in diesem Hause bisher nicht gebräuchlich. Ich hoffe, es ist zum ersten und letzten Male hier ausgesprochen worden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Bismarck-Schönhausen (wildkons.): Abg. Richter ist gewiß ein sehr unterrichteter Mann, aber ich glaube, der deutsche Landwirtschaftsrat ist in dieser Frage ein besserer Sachverständiger. Ich glaube, die Vorlage könnte in der vom Landwirtschaftsrat amendierten Form der Landwirtschaft nützen. Wer es gut meint mit der Landwirtschaft, kann hier sein warmes Herz bethätigen. Es handelt sich darum, eine große Industrie vor dem Ruin zu schützen. Abg. Richter hat vieles Richtiges über die Verhältnisse, wie sie heute liegen, gesagt, aber wohl zu wenig die Zeit berücksichtigt, wo die Prämien abgelaufen sein werden. Der Preis des Zuckers ist vor einiger Zeit einmal von 28 Mk. auf 17 Mk. gefallen; was nützen da die hohen Zölle? Der Gesetzentwurf enthält viele Vorteile, seiner Tendenz stimmen wir zu. Die Vorlage will nur eine vorübergehende Maßregel einführen: die Einführung der Kampfprämien. Auch wir halten die Abschaffung jeglicher Ausfuhrprämien für den idealen Zustand. Es geht hier so wie mit dem Militär. Würden die Nachbarstaaten ihre Armeen reduzieren, wir würden ja gern nachfolgen. So soll auch diese Vorlage ein Kampfmittel sein, um unsere Zuckerindustrie konkurrenzfähig zu erhalten. Die Ueberproduktion des Rübenbaues ist dadurch entstanden, weil der Körnerbau sich nicht mehr rentiert. Würde der Körnerbau wieder mehr rentieren, so würde ich kein Wort über Rübenbau verlieren, denn der Körnerbau ist der ältere Bruder, er kommt zuerst. (Heiterkeit.) Die Wirren in Kuba können den Weltmarkt nicht dauernd beeinflussen, sie sind vorübergehend, einen 30jährigen Krieg wird Kuba nicht erleben, denn Spanien würde seinen letzten Franken — und sei es nur ein Papierfranken (Heiterkeit) — aufwenden, um dort Ordnung zu schaffen. Ohne Kontingentierung ist eine Prämienzahlung nicht möglich, wo soll die Regierung das Geld hernehmen. Graf Posadowsky hatte darin ganz Recht, die Vorlage will nur den altgewohnten Zuckerpreis wieder herstellen. Die Konsumenten werden sich sehr rasch an höhere Preise gewöhnen. Der Zucker ist so wohlfeil, daß die 4—5 Pfg. pro Pfund mehr nicht sehr empfunden und keine Verringerung des Konsums herbeiführen werden. Die Verbrauchsabgabe ist ein sehr bedauerliches Hilfsmittel, aber wir werden nicht darum herumkommen. Redner schließt mit dem Antrage, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Spahn (Z): Mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden. Das Zentrum steht der Vorlage weder freundlich noch feindlich gegenüber. Wir haben die Vorlage seit Jahren kommen sehen und werden sie vorurteilslos prüfen. Entwickelt sich die deutsche Zuckerindustrie in dem bisherigen Maße weiter, so geht sie einer vernichtenden Katastrophe entgegen. Die Kontingentierung erachten wir deshalb für nötig, einer Erhöhung der Verbrauchsabgaben stehen wir dagegen nicht sympathisch gegenüber.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Richter, daß er Herrn v. Hammerstein-Loxten nicht gemeint habe und auch keinen andern Minister oder Staatssekretär im Amte, als er von gewissen Einflüssen der Interessenten sprach.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Febr. Gegen Hammerstein ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugestellt worden. Hammerstein ist in vollem Umfange — die Anschuldigung des Verbrechens wider keimendes Leben ist fallen gelassen — geständig. Es sollen nur wenige Zeugen geladen werden.

Straßburg, 2. Febr. Der reichsländische Landesausschuß hat die Forderung von 180 000 M. für den Bau eines kaiserlichen Jagdschlosses in Mutzig im Elsaß abgelehnt. Die Forderung hat, wie selbst dem „Hann. Kurier" aus Straßburg geschrieben wird, auch unter den Altdeutschen, namentlich im untern Beamtenstande, große Aufregung hervorgerufen, zumal da es sich um eine vom Kaiser nur sehr selten zu benutzende Anlage handelt. Für die geringste Aufbesserung der Beamtengehälter oder andere dringende Aufgaben ständen Mittel nicht zur Verfügung. Die „Freis. Ztg." hebt bei dieser Gelegenheit hervor, daß ein neues kaiserliches Schloß in Straßburg für mehrere Millionen aus Reichsmitteln erbaut worden ist.

Luckenwalde. Die wegen Verdachts der Verleitung zum Meineid in Haft genommenen Genossen Plöse, Zwanzig, Thiele und Haase sind am 25. Februar abends aus dem Untersuchungsgefängnis in Potsdam entlassen worden, da der noch in Haft behaltene Belastungszeuge Blankenhain sich in zu viel Widersprüche verwickelt hat. Als Verteidiger waren gestellt Rechtsanwalt Heinemann aus Berlin und Justizrat Arndt aus Potsdam.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Gang der Untersuchung in der Affäre Arton bringt es ans Licht, warum der Senat mit dem Vorsitzenden Loubet an der Spitze gegen das Ministerium Bourgeois Krieg zu führen suchte und warum der Untersuchungsrichter Rempler durch Le Poittevin ersetzt worden ist. Soinoury hat vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, er habe in der That Dupas befohlen, Arton nicht zu verhaften, aber er habe diesen Befehl selbst von seinen vorgesetzten Ministern empfangen. Daraufhin wird Untersuchungsrichter Espinas die ehemaligen Minister Ribot und Loubet vernehmen. Dem braven Loubet wird die Ministerstürzerei schon vergehen.

In Spanien hat das Eintreten des amerikanischen Senats zu Gunsten der kubanischen Aufständischen große Erregung hervorgerufen. In den größeren Städten fanden Volkskundgebungen gegen Amerika statt. In Madrid wird die amerikanische Gesandtschaft von der Polizei überwacht, vor dem Konsulat der Vereinigten Staaten manifestierten die Studenten mit den Rufen: „Tod dem Onkel Sam". In Barcelona wurden unter den Rufen: „Es lebe Spanien", „Nieder mit den Yankees" im amerikanischen Konsulat einige Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei drang auf die Manifestanten ein, wobei zwei Personen verwundet wurden. Vor dem Militärklub fanden begeisterte Kundgebungen statt. Die Zeitungen fordern einstimmig, daß der spanische Gesandte in Washington Einspruch bei der Regierung der Vereinigten Staaten gegen den Beschluß des Senats in der kubanischen Frage erhebe. Die Regierung ist scheinbar ruhig. Canovas erklärte, er hoffe, daß Präsident Cleveland sein Veto gegen einen auf Anerkennung der kubanischen Insurgenten zielenden Beschluß des Kongresses einlegen werde, allein selbst wenn dies nicht geschehe, sei eine internationale Verwickelung ausgeschlossen. Dadurch bekämen die Insurgenten blos einen rein moralischen Rückhalt. Die Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten sei für Spanien belanglos, da es sämtliches Kriegsmaterial aus Deutschland, nichts aus Nordamerika beziehe. Die spanische Regierung beabsichtige nicht, ihren Vertreter in Washington zurückzurufen.

Der spanische Marineminister befahl dem Schulgeschwader, sich zur Abfahrt bereit zu halten. Wahrscheinlich wird dasselbe nach den Antillen gehen. Alle übrigen Schiffe sollen unverzüglich ausgerüstet werden, auch etwa 50 Packetboote der Handelsmarine werden in Kriegsbereitschaft gesetzt. Ein neues Expeditionskorps, bestehend aus 20 000 Mann Infanterie und 5000 Mann Kavallerie, wird demnächst abgehen.

Amerika. Washington, 28. Februar. Der Senat nahm mit 64 gegen 6 Stimmen den Antrag an, der die Aufständischen auf Kuba als kriegführende Macht anerkennt. In der Debatte erklärte Lindsay, die Lage auf Kuba rechtfertige ein thätiges Einschreiten der Vereinigten Staaten, um im Namen der Menschlichkeit die Ordnung auf Kuba wieder herzustellen. Sherman sprach den Wunsch aus, daß Kuba in Mexiko einverleibt werde, und erklärte, der Augenblick sei gekommen, dem unbeschreiblichen Verbrechen der Spanier ein Ende zu machen, die den menschlichen Campos abberufen und ihn durch den Schlächter Weyler ersetzt hätten. Wenn letzterer auf Kuba bleibe, werde nichts die Vereinigten Staaten hindern, die Barbaren zu vertreiben. (Beifall.) Lodge bemerkte, der von den Vereinigten Staaten beabsichtigte Schritt werde von der zivilisierten Welt gebilligt werden. Andere Senatoren erklärten, Spanien verdiene nicht die Achtung anderer Länder. Der Beschlußantrag Call, welcher am 5. d. M. gestellt war, wurde mit dem am 20. d. M. eingebrachten Amendement Cameron angenommen, wonach der Präsident ersucht wird, sich bei Spanien dafür zu verwenden, daß die Unabhängigkeit Kubas anerkannt wird.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 3. März.

— **Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung** fand am Sonnabend in der Centralhalle statt mit der Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Stellmachermeistern und Beschlußfassung über die einzunehmende Stellung. — Kollege Schreck, welcher als Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes den Verhandlungen beigewohnt hatte, führte ungefähr folgendes aus:

Forderung 1: Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, wird bewilligt, und hat dieselbe in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends stattzufinden. Die Pausen werden nach der Werkstattordnung eingeführt. Die Gesellen verpflichten sich, nach Feierabend Arbeit für andere auf eigene Rechnung nicht anzufertigen. Die Versammlung erklärt sich hiermit voll, und ganz einverstanden, weil sie der Ansicht ist, daß die Arbeiter darauf zu achten haben, auskömmliche Löhne zu erhalten und nicht durch Ueberzeitarbeit und dergleichen erst noch das Fehlende verdienen müssen und dadurch ihre Kollegen sowie auch die Unternehmer in ihrer Existenz schädigen.

Forderung 2: 18 M. Minimallohn pro Woche wird von den Meistern nicht bewilligt, vielmehr ein Minimalstundenlohn von 25 Pfg. pro Stunde. Die Stellmachergesellen, sowie die Versammlung erklären den Satz von 25 Pfg. als zu niedrig bemessen und den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechend und fordern, um auch den Meistern etwas entgegenzukommen, 27½ Pfg. pro Stunde.

Forderung 3: 20 pCt. Lohnzuschlag für diejenigen Gesellen, welche zur Zeit 18 M. oder annähernd soviel verdienen, wird von den Meistern nicht akzeptiert. Dieselben erklären, nur 10 oder höchstens 15 pCt. bewilligen zu können. Die Versammlung fordert 15 pCt.

Forderung 4: Abschaffung von Akkordarbeit. Dieselbe besteht zur Zeit nur in einer Werkstatt; die Meister verlangen die Aufstellung eines Tarifs für Akkordarbeiten, da der betr. Meister sie nicht missen will. Die Versammlung nimmt Abstand von einem Tarif, fordert vielmehr 20 pCt. Lohnaufschlag für die betreffende Arbeit.

Forderung 5: 33 pCt. Lohnzuschlag für Ueberstunden, wird dadurch erledigt, daß die Meister erklären, für Ueberstunden durchweg 40 Pfg. pro Stunde zu bezahlen.

Forderung 6: Abschaffung von Kost und Logis bei dem Meister, wird bewilligt, da die größeren Unternehmer selbst froh sind, von dieser Konkurrenz der Kleinmeister befreit zu werden.

Forderung 7: Am Sonnabend 1 Stunde, an den drei hohen Festtagen ¼ Tag früher Feierabend ohne Lohnabzug, wird in der Weise geregelt, daß Sonnabends ½ Stunde, vor den hohen Festtagen durch Wegfall der Vesperpause 1½ Stunde früher Feierabend ist, doch haben die Gesellen ihren Platz und ihr Werkzeug in Ordnung zu bringen.

Forderung 8: Einführung von Lohnbüchern, wird bewilligt. Die Führung derselben bleibt den Gesellen überlassen, und die Meister haben durch Unterschrift die Richtigkeit der Eintragungen zu bekunden.

Forderung 9: Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, wird bewilligt.

Forderung 10: Diese Bestimmungen treten mit dem 16. März d. J. in Kraft und sind in den Werkstätten auszuhängen, wird noch beigefügt.

Im Laufe dieser Woche sind neue Verhandlungen anberaumt, um auf Grund der abgeänderten Forderungen mit den Meistern zu unterhandeln. Es liegt im Interesse beider Parteien, auf gütlichem Wege sich zu einigen, andernfalls die am Sonnabend den Meistern zugestellte Kündigung mit dem 14. März in Kraft tritt und die Arbeit am 16. März eingestellt wird. Die Meister ließen es auch hier, wie allerwärts, an nichtigen Ausreden und an Komik nicht fehlen, indem sie u. a. erklärten, ihre Werkstätten zu schließen, um in der größten hiesigen Werkstatt sich zusammen zu finden und die Reparaturen zu verfertigen, neue Sachen sich importieren zu lassen und deshalb der Gesellen nicht mehr zu benötigen. Die Gesellen wünschen den Meistern zur großen Bielefelder Reparaturanstalt viel Glück und möchten gerade die kleineren Meister, welche bei der jetzigen Bewegung vielmehr schreien, als die größeren, an ihre frühere Gesinnung erinnern, als selbige auch noch als Arbeitnehmer für die Verbesserung ihrer Lage strebten. — In dem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen Schreck ermahnte derselbe die Stellmacher zu fernerem festen Zusammenhalten und forderte auch die anwesenden Holzarbeiter auf, für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, damit auch unter den Tischlern wieder einmal Licht werde und dieselben für menschenwürdige Zustände eintreten könnten. Auf die Erfolge der Berliner Tischler, der Konfektionsarbeiter Berlins und aller größeren Städte Deutschlands hinweisend, zog der Referent den Schluß, daß durch die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter wohl im stande sind, Verbesserung ihrer Lage zu erringen. Darum hoch die modernen Gewerkschaften!

— **Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins** am Sonntag Vormittag in der Centralhalle war gut besucht. Dr. Rösemeier hielt in derselben einen Vortrag über „Parteientwicklungen und Parteiverwicklungen der letzten Jahre". Er ging dabei zurück bis auf die Gründung des deutschen Reichs und zeigte an der Hand der Geschichte, wie aus den alten Parteien gemäß den wirtschaftlichen Verschiebungen und Entwicklungen allmählich die jetzige Parteigruppierung entstanden sei. Zur Zeit beanspruchten die in der konservativen Partei vor sich gehenden Ver- und Entwicklungen das größte Interesse, und wäre es ganz besonders Aufgabe der Sozialdemokratie, die sich dabei abspielenden Vorgänge aufmerksam zu verfolgen, um keine sich darbietende Gelegenheit, Aufklärung in die Massen zu tragen, ungenutzt vorübergehen zu lassen. —

Eine Diskussion schloß sich an den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag nicht.

— **In der öffentlichen Maurerversammlung,** welche am Sonntag den 1. März bei Herrn Fohrmann tagte, stand auf der Tagesordnung: Berichterstattung der Lohnkommission über die mündliche Verhandlung mit den Meistern. Seitens der Kommission wurde berichtet, daß die von 27 Maurermeistern gefaßten Beschlüsse folgendermaßen lauten: 1. zehnstündige Arbeitszeit vom 1. April ab. 2. Stundenlohn 40 Pf. vom 1. April bis 1. Dezember für diejenigen, die jetzt 36 Pf. erhalten, alle anderen erhalten ihren Lohn nach Leistung; vom 1. Dezember ab wird der Lohn wieder reduziert von 40 Pf. auf 36 Pf. und so abwärts, nach Gutdünken der Meister, und 3. von 7 bis 9 Uhr Abends wollen sie nicht als Ueberstunden anerkennen; im übrigen wollen die Herren Meister für Ueberstunden 10 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 Prozent Aufschlag bezahlen. 4. Die 14tägige Lohnzahlung nach Feierabend auf dem Kontor beizubehalten, wollen aber, wenn möglich, darauf sehen, daß der Lohn in Düten ausgezahlt wird, somit die Auszahlung nicht so lange dauert. 5. Baubuden und Bedürfnisanstalten sollen auch in etwas besserem Zustande errichtet werden, aber Verpflichtungen wollen die Meister uns gegenüber nicht übernehmen. Ferner die Arbeitszeit soll beginnen des Morgens 6 Uhr und enden des Abends 7 Uhr mit ½ Stunde Frühstückspause, 2 Stunden Mittagspause, einer halben Stunde Vesperpause. Und zuletzt haben die Meister in Vorschlag gebracht, eine Arbeitsordnung einzuführen, die jeder bei Antritt der Arbeit zu unterschreiben hat. Die eventuellen Strafgelder können beiderseits zu gleichen Teilen verwaltet werden, und sollen den Bedürftigen zu gute kommen. Soweit der Bericht der Lohnkommission. Hieran anknüpfend wurden unsere Forderungen nochmals eingehend durchberaten, und ergab sich folgendes Resultat: 1. 10stündige Arbeitszeit vom 1. April bis 1. Oktober. 2. Arbeitsdauer: 6½ Uhr anfangend, ½ Stunde Frühstück, 1½ Stunde Mittag und ½ Stunde Vesperpause. 3. ein Stundenlohn von 40 Pfg. für alle diejenigen, die jetzt 35 Pfg. und mehr erhalten, 38 Pfg. für alle diejenigen, die 34 Pfg. und weniger erhalten. 4. Als Ueberstnnden sind anzusehen zwei Stunden vor und zwei Stunden nach der regulären Arbeitszeit und sind mit 50 Pfg. die Stunde zu zahlen, alles übrige gilt als Nachtarbeit und ist diese sowie Sonntags und Wasserarbeit mit 55 Pfg. pro Stunde zu bezahlen. 5. Lohnzahlung ist eine 14tägige und ist auf den Bauten bis 7 Uhr abends auszuzahlen. 6. Die Errichtung einer Baubude welche bei ungünstiger Witterung Schutz gewährt und in welcher, wenn möglich, Material nicht gelagert werden darf. 7. Die Errichtung ordentlicher Bedürfnisanstalten auf den Bauplätzen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband schloß der Vorsitzende die von über 300 Maurern besuchte Versammlung.

— **Hypnotische Vorstellungen** sollen künftighin in Preußen nicht mehr gestattet sein. Ein diesbezügliches Verbot haben die Minister des Innern und der Medizinal- und geistlichen Angelegenheiten insbesondere anläßlich der Vorstellungen erlassen, welche der Magnetiseur Hansen aus Kopenhagen an vielen Orten der preußischen Monarchie veranstaltet hat.

Bünde. Zuzug von Maurern nach hier ist strengstens fern zu halten. Die hiesigen Maurer waren an die Meister mit der Forderung einer 10stündigen Arbeitszeit herangetreten. Von den 5 hiesigen Maurermeistern hat nun Herr Siekmann diese Forderung rundweg abgeschlagen, während die anderen 4 sie bewilligt haben unter der Bedingung, daß die Gesellen aus dem Verbande austreten. Die Meister bekunden dadurch wieder einmal ihre totale Unwissenheit hinsichtlich der modernen Arbeiterbewegung. Wir erwarten bestimmt, daß die Maurer auf diesen Köder nicht anbeißen werden. Wenn sie nur am Verband festhalten, dann werden sie ihre bescheidene Forderung schon durchsetzen und zugleich den Meistern den Versuch, den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu nehmen, gründlich versalzen. Aber Zuzug von auswärts muß ferngehalten werden!

Kirchhörde, 21. Februar. Kommt da eines Tages zu einem hiesigen Händler die Revision, um Gewichte, Maße ꝛc. auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Es wird auch alles in bester Ordnung befunden, bis das Auge des Gendarmen auf ein an der Wand hängendes ½-Liter-Maß fällt, welches anscheinend wenig oder garnicht gebraucht wird. Dasselbe wird zur Begutachtung heruntergelangt und man entdeckt ein Löchelchen im Boden des Gefäßes. Man brachte das Gefäß als corpus delicti aufs Amt und sandte ein Strafmandat gegen den Händler ab, gegen welches derselbe beim Amtsgericht in Dortmund Widerspruch erhob. Das Schöffengericht konnte dem Manne, der einwandte, er habe das Maß nur zum Ausmessen von Hülsenfrüchten benutzt, nicht helfen, es mußte eine Verurteilung eintreten, obschon kein Käufer den geringsten Nachteil gehabt hatte. Die Strafe wurde aber äußerst niedrig, und zwar auf 3 Mk. bemessen.

Lüdenscheid, 26. Februar. Unter Felsenmassen begraben wurden gestern Nachmittag zwei Arbeiter an der Thalsperre im Fuelbeckerthale. Mehrere Arbeiter waren an einer Stelle beschäftigt, an der kurz vorher ein Sprengschuß gelöst war, als sich plötzlich eine ca. einen Quadratmeter große Felsmasse loslöste und zwei Arbeiter verschüttete. Einer der Verunglückten trug so schwere Verletzungen davon, daß er kurz darauf starb, während der andere nur leicht verletzt wurde.

Soziales.

Eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung bildet die Verhandlung, welche am letzten Donnerstag vor dem Schwurgericht in Hanau geführt wurde.

Dem „Vorwärts" wird geschrieben:

Auf der Anklagebank saß der Ziegler Gustav Adolf Paulsen aus Merseburg. Derselbe, ein noch nicht 19 Jahre alter junger Mann, war vor wenigen Jahren hoffnungsfreudig in die Welt hinausgegangen. Am 13. September 1894 aber wurden alle seine Zukunftsträume mit einem Schlage zerstört. Er war damals in Pirmasens in Arbeit und erlitt dabei an jenem Tage einen Unfall, durch welchen er sich eine Verletzung seiner Wirbelsäule zuzog und dadurch ein kraftloser, fast ganz arbeitsunfähiger Krüppel geworden ist. Da stand er nun, ein 17jähriger Junge, hilflos in der fremden Welt, eine Unfallrente erhielt er nicht (weshalb, wurde leider nicht festgestellt), Geld besaß er nicht und verdienen konnte er auch nichts; was blieb ihm da anders übrig, als bettelnd auf den Landstraßen herumzuziehen? So wurde er ein „Bettler", ein „Vagabund", ein — „Lump"!

Er wollte, wie er angiebt, nach Saarbrücken gehen, um dort zu sehen, ob er nicht eine Rente erlangen könne. Er wurde aber wegen Bettelns verhaftet und bestraft. Nach Verbüßung seiner Strafe befand er sich wieder genau in derselben elenden Lage wie vorher: er mußte betteln, wenn er nicht verhungern wollte. Die Folge hiervon war, daß er bald wieder und wieder wegen Bettelns vor dem Strafrichter stand. Im vorigen Jahre wurde gegen ihn, weil er bereits wiederholt bestraft war, nicht nur auf Haft, sondern auch auf „Ueberweisung an die Landespolizeibehörde" erkannt. Hierdurch erhielt die Polizei die Befugnis, ihn nach verbüßter Strafe „zu seiner Besserung" bis auf 2 Jahre in einem Arbeitshaus unterzubringen.

Welch' ein Widersinn, diesen unglücklichen, kraftlosen Krüppel, der auch nicht die mindeste Anstrengung, nicht einmal das Sitzen vertragen kann, in einer Anstalt „bessern" zu wollen, die für solche Leute berechnet ist, die arbeiten **können**, aber nicht **wollen**, und die daher durch äußere Mittel, durch Strafen, selbst durch schwere Strafen zur Arbeit **gezwungen** werden. „Ich bin bereit" rief der Verteidiger den Geschworenen zu, „meine rechte Hand ins Feuer zu legen dafür, daß der Strafrichter von der Ueberweisung ins Arbeitshaus abgesehen hätte, wenn er eine Ahnung von dem körperlichen Zustande des Verurteilten gehabt." Unglücklicherweise hatte der Strafrichter diese Ahnung nicht, der Verurteilte mußte wirklich 9 Monate ins Arbeitshaus.

Wie es ihm dort erging, kann man sich denken. Auf Einzelheiten wurde bei der Verhandlung gar nicht eingegangen, der Zustand des Angeklagten sprach zu laut. Jeder, der den Krüppel sah, mußte dem Verteidiger zustimmen, als er sagte: „Ein Wunder ist es, daß der Angeklagte die Zeit im Arbeitshaus ausgehalten hat". Nachdem der Mann endlich entlassen war, brachte er mehrere Wochen, bis zum 2. Februar, im Krankenhause zu. Am 5. Februar saß er bereits wieder wegen Bettelns hinter Schloß und Riegel, diesmal in Gelnhausen. Das Urteil lautete auf Haft und — Arbeitshaus. Also auch dieser Richter hatte keine Ahnung von dem körperlichen Zustande dessen, den er verurteilte.

Das brachte den Verurteilten außer sich. Schon als er aus dem Gerichtszimmer abgeführt wurde und dann die folgenden Tage hindurch weinte und jammerte er, er könne nicht ins Arbeitshaus gehen, er ertrage es nicht, lieber mache er seinem Leben ein Ende, oder stecke das Gefängnis an, damit er ins Zuchthaus komme.

Daß dies dem unglücklichen Manne bitter ernst war, zeigte sich sehr bald. Am Morgen des dritten Tages nach seiner Verurteilung brach in seiner Zelle Feuer aus, das freilich bald entdeckt und gelöscht wurde.

Wegen dieser That sollte das Schwurgericht sein Urteil sprechen. Der Angeklagte gab zu, das Feuer angelegt zu haben, um entweder sich das Leben zu nehmen oder wenigstens ins Zuchthaus zu kommen und dadurch, wie er glaubte, dem Arbeitshaus zu entgehen. Denn dort könne er es nicht aushalten, dort würde er in einem Monat „schon längst tot sein". Der Staatsanwalt, Herr v. Ibell, bewies, gestützt auf juristische Gründe, haarscharf, daß der Angeklagte wegen vorsätzlicher Brandstiftung ins Zuchthaus müsse.

Hierauf antwortete der Verteidiger: Aus der Verhandlung habe man den Eindruck gewinnen müssen, daß der Angeklagte nicht ins Zuchthaus gehöre, sondern in eine Anstalt, in der ihm Hilfe zu teil werde. Deshalb sei es im höchsten Grade erstaunlich, daß der Staatsanwalt mit keinem Worte auf die traurigen Lebensverhältnisse des Angeklagten eingegangen sei. Die volle Würdigung derselben sei zu einem richtigen Bilde von der That und damit auch zu einer gerechten Beurteilung derselben unerläßlich. Hierauf ging der Verteidiger auf alle diese Momente ein und kam zu dem Schluß, daß von einer vorsätzlichen Brandstiftung nicht die Rede sein kann. Aus juristischen Gründen liege auch eine fahrlässige Brandstiftung nicht vor, sondern höchstens eine Sachbeschädigung. Dem schlossen sich die Geschworenen an, und das Gericht setzte die Strafe auf 4 Monate Gefängnis fest.

Aus dem Gefängnis kommt der Mann „selbstverständlich" ins Arbeitshaus, diese Strafe ist rechtskräftig und wird durch keine andere Strafe, auch nicht durch Zuchthaus, aufgehoben. Er muß ins Arbeitshaus, sofern er nicht vorher in einem Gefängnis oder Zuchthaus zu grunde geht. Gefängnis, Zuchthaus und Arbeitshaus, das ist das Loos, welches diesem Unglücklichen beschieden ist. Solcher Opfer giebt es noch viele, und das praktische Christentum könnte hier seine eigentliche Mission erfüllen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Gewerkschaftskongreß. Als Termin für die Einsendung der Anträge für den Gewerkschaftskongreß ist der 1. März bei Ausschreibung des Kongresses angegeben worden. Es sind jedoch nur wenige Anträge bis jetzt eingesandt. Es wäre zu wünschen, daß Anträge, welche von weitergehender Bedeutung sind, so rechtzeitig eingesandt werden, daß sie in den Versammlungen, die zu den Wahlen der Delegierten stattfinden, beraten werden können.

Da bis zur Drucklegung dieser Nummer des „Korrespondenzblatt" der Termin für die Einsendung der Anträge noch nicht abgelaufen ist, so werden die eingelaufenen Anträge erst in der nächsten Nummer, die am 9. März erscheint, veröffentlicht werden. Anträge, welche in dieser Nummer des „Korrespondenzblatt" veröffentlicht werden sollen, müssen spätestens am 4. März in Händen der Unterzeichneten sein.

Die Generalkommission.
Im Auftrage: C. Legien, Hamburg VI.

Aus Wissenschaft und Technik.

Eine Kulturwelt vor 4400 Jahren. Ein wichtiger Fund altbabylonischer Urkunden ist den kgl. Museen in Berlin zum Geschenk gemacht worden von Herrn James Simon, dessen Vater schon vor acht Jahren den Museen den „Fund von Tell Amarna" schenkte. Bei dem jetzigen Geschenk handelt es sich nach dem „Reichsanzeiger" um etwa 500 Tafeln aus gebranntem Thon, die mit altbabylonischer Keilschrift beschrieben sind und aus der südbabylonischen Ruinenstätte Tello herstammen. Vermutlich gehören sie zu einem großen Funde, von dem beträchtliche Teile dem Vernehmen nach auch in andere Museen Europas gelangt sind. In der Mehrzahl sind es Aktenstücke aus Tempelarchiven von Tello, aus der Zeit der südbabylonischen Könige Ine-Sin, Gamil-Sin und Bur-Sin, die um 2500 vor Chr. in der Stadt Ur der Chaldäer residierten, die ja auch aus der biblischen Patriarchengeschichte bekannt ist. Das Aeußere dieser Tafeln ist ein sehr verschiedenes. Sie sind rechteckig oder quadratisch, einige auch in Halbkugelform; ihre Größe schwankt zwischen 2½ und 25 Zentimeter; die Keilschrift ist bald mikroskopisch klein, bald groß und altertümlich; die Siegel sind bald auf die Tafel selbst gedrückt, bald stehen sie auf einer thönernen Umhüllung, die die Tafel umschließt und auch eine kurze Inhaltsangabe derselben trägt. Zur Datierung benutzte man bemerkenswerte Ereignisse des Jahres; so z. B. ist eine Tafel datiert aus „dem Jahre, wo der König Bur-Sin die Stadt Uebellum zerstörte", eine andere aus dem Jahre, wo König Ine-Sin die Städte Simurn und Lulubu zum neunten (!) Male zerstörte, eine dritte aus dem Jahre, wo der König „die Statue des Gottes En-lil errichtete", eine vierte aus dem „Jahre, wo der Mondgott, der Herr, das Orakel sprach" u. a. m. Die Tafeln beziehen sich auf die Verwaltung des Vermögens der Tempel in der Stadt Tello, die im Altertum Lagasch hieß. Dieses Vermögen, das vorzugsweise aus Aeckern und Viehheerden bestand, scheint nach dem auf manchen Tafeln genannten Zahlen einen großen Umfang gehabt zu haben; so hören wir einmal von einer Getreideeinnahme von über 3853838 des gewöhnlichen Kommaßes. Es ist interessant zu sehen, in welcher Weise dieses Vermögen verwaltet wird. Zunächst stellen die Schreiber kleine Schriftstücke für jedes einzelne Geschäft aus, so z. B. für die Einnahme einiger Säcke Korn, die ein Feldarbeiter von seinem Felde abliefert, oder für die Auszahlung eines Quantums Getreide als Lohn. Dann stellt ein Schreiber diese Einzelnotizen auf größere Tafeln für einen bestimmten Tag zusammen, so haben wir z. B. eine Tafel, auf der die Löhne der Boten im Bezirk von Schirpurla am 15. April zusammengestellt sind. Hand in Hand damit gehen andere Zusammenstellungen, die für die verschiedenen Schreiber angeben, was sie eingenommen oder ausgegeben haben; so steht z. B. auf einer Tafel verzeichnet, was jeder der zehn Schreiber der Tempel von Schirpurla im ganzen an Löhnen an die Feldarbeiter dieser Tempel bezahlt hat. Endlich stellt man auf großen Tafeln Halbjahrs- und Jahresberichte zusammen. Aus den Tafeln, die die Aussaat und Ernte verzeichnen, läßt sich berechnen, daß die babylonischen Felder im Durchschnitt das 25. bis 50. Korn gewährt haben: ein reicher Ertrag, der aber freilich weit unter Herodots fabelhafter Angabe des 200. Korns zurückbleibt. Die Viehherden bestehen überwiegend aus Schafen und Rindern, daneben kommen Ziegen und Esel vor, und zwei Tafeln betreffen auch die Fütterung der Tempelhunde.

Kunst und Litteratur.

„Süddeutscher Postillon". Die diesjährige März-Nummer des „Südd. Postillon" (Verlag M. Ernst, München), wird vorwiegend dem Andenken der Kommune gewidmet sein.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 22. Heft erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Unparlamentarisches und Parlamentarisches. — Gewalt und Oekonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reichs. Ein nachgelassener Aufsatz von Friedrich Engels. — Die Arbeitsbörsen. Von Louis Héritier. (Schluß.) — Ein wenig neueste Dichtkunst. Von Ed. Bernstein. (Schluß.) — Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie. Von Berthold Heymann. — Feuilleton: Natur. Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von Olga Kobylanska. (Fortsetzung.)

Vermischtes.

Berlin. In der Nähe des Maybachufers, auf dem Köllnischen Wiesen, ist wieder ein Verbrechen entdeckt worden. Man fand die Leiche eines Mädchens, welches eines gewaltsamen Todes gestorben ist. In der Ermordeten vermutet die Polizei eine Prostituierte oder Kellnerin, deren Tod in der Nacht zum Sonntag eingetreten ist. Die Leiche wurde vormittags nach 10 Uhr durch die Gebrüder Schlosser Sauerwald aus Rixdorf, unweit der Stelle, wo der kleine Willy Burr ermordert aufgefunden wurde, entdeckt. Die Tote, ein Mädchen von 20—22 Jahren, lag, etwas durch das steile Ufer des Grabens verdeckt, mit den Händen im Wasser. Sie war nur mit einem eleganten Damenhemd und einem guten Korsett bekleidet. Die Gesichtszüge waren durch Blut- und Kratzwunden, die auf einen hartnäckigen Kampf mit dem Mörder schließen lassen, sehr entstellt, auch wurden die Spuren von Faustschlägen entdeckt. Die rechte Gesichtsseite zeigt drei Stichwunden. Nach der Ansicht des Dr. Hornesser in Rixdorf, der die Leiche zuerst besichtigt hat, hat diese Wunde den Tod herbeigeführt. Das junge Mädchen ist von schöner, etwas kleiner Figur, hat volles, braunes Haar und blaue Augen. Die Gesichtszüge sind anmutig, die Füße klein, die Hände weich und gepflegt. Von dem Ort, an dem die Leiche lag, führt eine Wagenspur und neben dieser eine Blutspur am Graben entlang, durch die Panierstraße, über die Thielenbrücke nach der Glogauerstraße. Die Staatsanwaltschaft wurde sofort benachrichtigt, welche die Leiche nach dem Schauhause bringen ließ. Die Wagenspur läßt darauf schließen, daß die Leiche mittelst eines Karrens an den Wiesengraben transportiert und dort abgeladen worden ist.

Die Tote ist am Montag Morgen als die im Jahre 1875 geborene unverehelichte Klara Galle erkannt worden, die in Rixdorf, Zietenstr. 61 bei ihrer Cousine, einer Frau Jädicke wohnte. Das junge Mädchen hat sich am Donnerstag Nachmittag nach Berlin und zwar nach der Ausgabestelle eines Blattes begeben, um eine Stellung zu suchen. Anscheinend hat die G. auch eine solche gefunden, sie hat die Frau J. nicht mehr davon benachrichtigt. Das Mädchen ist, nach Angabe ihrer Angehörigen, durchaus anständig und nach der Lage des Leichenfundes völlig unbescholten. So vermutet man denn, daß der Brotherr der G. die Aermste im Schlafe — und zwar in der Nacht zu Sonntag — überfallen und aus Sinnlichkeit getötet hat. Die drei Stichwunden rühren von einem Küchenmesser her und können den Tod nicht herbeigeführt haben. Die eigentliche Todesursache ist jedoch noch nicht festgestellt worden.

Richtigstellung!

In Nr. 51 der „Westfälischen Zeitung" ist eine gegen unsere Firma gerichtete Erwiderung erschienen, welche Herr Plettenberg **angeblich** im Auftrage der selbständigen Schuhmachermeister Bielefelds und Umgegend unterzeichnet hat. Da **dieser** Herr nicht umhin zu können glaubt, in seinem Artikel auch uns Arbeitern wieder eins auswischen zu müssen, fühlen wir uns gezwungen, behufs Richtigstellung der in dem Artikel enthaltenen **Unwahrheiten und um der Wahrheit die Ehre zu geben,** folgendes zu erwidern:

1. Es ist **durchaus unwahr,** daß wir außer den 5 Zuschneidern mit nur 23 Mann in unserer Fabrik beschäftigt seien, denn einmal waren an dem fragl. Tage, an welchem unsere Erklärung in Nr. 46 dieser Zeitung erschien, nicht sämtliche in der Fabrik beschäftigten Arbeiter zur Unterzeichnung derselben anwesend und andererseits haben die jüngeren Arbeiter nicht mitunterzeichnet. Auch fehlten sämtliche Unterschriften der außer dem Hause für unsere Firma arbeitenden Schuhmacher, deren Zahl bekanntlich eine nicht geringe ist;
2. können wir ausdrücklich bestätigen, daß **unsere** Firma **thatsächlich 20 bis 40 Prozent billiger verkauft,** wie Herr Plettenberg, denn um den **sicheren Beweis** hierfür zu erlangen, entsandten wir am Sonnabend Nachmittag eine Kommission zum Verkaufsladen des Herrn Plettenberg, welche daselbst ein Paar Herren-Zugstiefel **für 8 Mk. gekauft hat, welcher Artikel im Laden unserer Firma in besserer Qualität mit nur 6 Mark verkauft wird.** Frau Plettenberg versicherte auf ausdrückliches Befragen, daß die Stiefel **keine Fabrik-, sondern Handarbeit seien, während sich dieselben bei der Lostrennung als mechanische Fabrikware** erwiesen; desgleichen kaufte Jemand bei Herrn Plettenberg **ein Paar Hausschuhe,** welche nach **seiner eigenen Angabe mit Lederkappe und Lederbrandsohle gefertigt sein sollten, während bei der näheren Untersuchung sich herausstellte, daß es nur leichte Pappe war;**
3. weisen wir die Behauptung, unsere Erklärungen in Nr. 47 der „Westfälischen Zeitung" und Nr. 46 und 49 der „Volkswacht" rührten nicht von uns, sondern von unseren Arbeitgebern her, **ganz entschieden zurück** und **betonen ausdrücklich, daß nur aus unserer Mitte heraus die Anregung zu den stattgehabten Veröffentlichungen gegeben worden ist.** Herr Plettenberg kann sich überzeugt halten, daß wir ihm auch in **geistiger** Beziehung **ebensowenig nachstehen,** wie in Fachkenntnissen.

Mit Hochachtung!

Namens der Arbeiter der Bielefelder Schuhwarenfabrik Steinrück & Kröger

Die Kommission. (gez.) Karl Engelländer, Eduard Auster, Wilh. Holz. 519

Total-Ausverkauf!

Wegen Räumung des Lokals zum 1. März werden

sämtliche Waren

zu jedem annehmbaren Preise verkauft. 339

Grosser Bielefelder Hutbazar,
Niederstraße 39.

Gute Fettglanz-Wichse in Blechdosen
Prima Lederfett in Blechdosen
Prima Kidleder-Crême in Blechdosen
verkaufen wir von heute ab die Dose

zu 5 Pfennigen,

Stiefellack in Flaschen mit Pinsel

zu 20 Pfennigen.

Nur anerkannt beste Fabrikate.

Bielefelder Schuhwaren-Fabrik
Steinrück & Kröger,
Gehrenberg Nr. 4. — Niederstraße Nr. 26.
Gadderbaum: Gütersloherstraße Nr. 39a,
(im Hause des Herrn Wüllner). [518

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.

Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.

Broschüren, Statuten liefert schnell und saube Buchdruckerei „Volkswacht".

Keine hohe Ladenmiete. **Kochmaschinen und Oefen** Allerbilligste Preise.

sowie [471

Küchenartikel

garantiert beste Ware empfiehlt

Heinr. Dissmann,
29 Siechenmarschstrasse 29.

NB. Gebrauchte Herde und Oefen nehme ich zurück.

Gelegenheitskauf!




Durch Uebernahme mehrerer tausend Paar Holzschuhe und Pantoffel verkaufen wir: **2 Schnallenstiefel 2,50 Mk., ungefütterte Galoschen 1,30 Mk., dto. gefüttert 1,50 Mk., Riemenpantoffel 80 Pfg., gefütterte Pantoffel 70 Pfg.**
Nur allerbeste Ia Ware. 308
Wiederverkäufern Extra-Rabatt!

E. Plettenberg, Neumarkt 13.
H. Bohle, Am Bach u. Bürgerweg 16.

Großer Ausverkauf!

Wegen baulicher Veränderung verkaufe bis Ende dieses Monats einen großen Posten

Oefen und Kochherde

in jeder Größe und in den feinsten Ausführungen zu jedem



annehmbaren Preise; **gebrauchte Herde und Oefen** nehme in Zahlung.

Carl Benteler, Eisenwarenhandlung,
Spezial-Geschäft für Küchen-Einrichtungen,
Bielefeld, Gehrenberg 12. [513

Sozialdemokratischer Verein

für Bielefeld und Umgegend.
Mittwoch, den 4. März, abends 8½ Uhr:

Vorstands-Sitzung

im Lokale des Herrn Israel, Centralhalle. 514

Der Vorsitzende.

In der Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstr. 20, ist vorrätig:

Des Seemanns Leben und Leiden.

Zur Wahrung für die aus dem Binnenland,
Zur Mahnung für die von der Waterkant
nach aktenmäßigen Belegen getreu der Wahrheit geschildert.
Preis 40 Pfg.

Ein junger anständ. Mann erhält

Kost und Logis

517*] **Friedrichstraße 49.**

Grüne Heringe
3 Pfund nur 22 Pfg. [520*

Heringe in Gelee
p. Pfd. 40 Pfg., frisch eingetroffen.
Heinr. Limbach.

Amerikanische Schinken
im Gewicht von 4 bis 7 Pfund, per Pfund 65 Pfg. [515*
C. E. Wirths, Kreuzstr. 28.

Sauerkraut 2 Pfd. 15 Pfg.
Kleinfleisch p. Pfd. 35 Pfg.
Mettwurst p. Pfd. 75 Pfg.
Speck, hiesiger, p. Pfd. 65 Pfg.
5 Pfd. 3 Mk. [516*
Schmalz 50 u. 60 Pfg. p. Pfd.
Margarine 40—70 Pfg. p. Pfd.
C. E. Wirths, Kreuzstr. 28.

Tüchtige Eisendreher

für **dauernd** bei **hohem Lohn gesucht.** [560
Adler-Fahrradwerke vormals Heinrich Kleyer, Frankfurt a. M.

In der **Buchhandlung „Volkswacht"** sind folgende Broschüren vorrätig:

Domela Nieuwenhuis, Mein Abschied von der Kirche. Zwei Vorträge: 1. Die Kirche und die soziale Frage. 2. Mein Abschied von der Kirche. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und E. Groth. Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationsschrift. Vierte Auflage. 32 Seiten. Preis 25 Pfg.

— **Das Leben Jesu.** Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes. Aus dem Holländischen übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. Preis 40 Pfg.

— **Die Bibel.** Ihre Entstehung und Geschichte. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeiten Volkes. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. 2. Auflage. Preis 40 Pfg.

Joh. Sassenbach, Die heilige Inquisition. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Religion. 190 Seiten. Preis 60 Pfg.

Hoffmann, Dr. phil. **Ludw.,** Ist Religion Privatsache? Eine Erörterung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Christentum. (Gegenschrift.) 39 Seiten. Preis 30 Pfg.